

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Markgräfler. 1924-1932 1930

15 (20.8.1930)

Der Markgräfler

Freie deutsche Zeitung für das schaffende Volk in Stadt und Land
Erscheint halbmonatlich. Durch jede Postzeitungsstelle zu beziehen. Vierteljährlich Mt. 1.50

Nr. 15

Lörrach, 20. August 1930

7. Jahr

An mein Vaterland

Von Conrad Krez

Kein Baum gehörte mir von deinen Wäldern,
Mein war kein Halm auf deinen Roggenfeldern,
Und schutzlos hast du mich hinausgetrieben,
Weil ich in meiner Jugend nicht verstand
Dich mehr und weniger mich selbst zu lieben.
Und dennoch lieb ich dich, mein Vaterland!

Hat es auch Manna nicht auf dich geregnet,
Hat doch dein Himmel reichlich dich gesegnet.
Ich sah die Wunder südlicherer Zonen,
Seit ich zuletzt auf deinem Boden stand;
Doch schöner ist als Palmen und Zitronen
Der Apfelbaum in meinem Vaterland.

Land meiner Väter! länger nicht das meine,
So heilig ist kein Boden, wie der deine.
Nie wird das Bild aus meiner Seele schwinden,
Und knüpfte mich an dich kein lebend Band,
Es würden mich die Toten an dich binden,
Die deine Erde deckt, mein Vaterland!

Conrad Krez, der Deutsch-Amerikaner, verließ in der vormärzlichen Zeit sein Vaterland. Das Gedicht (hier etwas gekürzt) ist bis jetzt ganz unbekannt geblieben. Möchte es seinen Weg in die Lesebücher finden!

Youngplan und Tributlast

Von Dr. A. Graf Broddorff

1. Tributgeschichte 1918—1923

Die Tributlast ist Deutschland aufgebürdet worden unter klarem Bruch der Vereinbarungen des Vorfriedens.

Am 8. Januar 1918 stellte Präsident Wilson in seiner Botschaft an das amerikanische Gesamtparlament, den Kongreß, folgendes Friedensprogramm in 14 Punkten auf:

1. Oeffentlichkeit und öffentliches Zustandekommen aller Friedensverträge; keine Geheimverträge mehr.
2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt in Krieg und Frieden außerhalb der Territorialgewässer.
3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken; Gleichheit der Handelsverträge.
4. Gar...

5. „Freie, weitherzige, und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche.“

6. Räumung des besetzten russischen Gebietes, Freiheit Rußlands.

7. Belgien muß, worin die Welt übereinstimmt, geräumt und wieder aufgestellt werden. Jeder Versuch, seine Souveränität zu verletzen, wird als Verstoß gegen die Gerechtigkeit angesehen, wie alle anderen.

Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder gutgemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

9. Berichtigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren nationalen Besitzstand.

10. Autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns.

11. Räumung von Rumänien, Serbien und Montenegro; serbischer Zugang zum Meer.

12. Autonomie für die Fremdvölker in der Türkei; Öffnung der Dardanellen.

13. Unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder umfaßt, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, der einen gesicherten, freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt.

14. Völkerbund zur gegenseitigen Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen, sowie der kleinen Nationen.

Dieselben Ziele hat Wilson 1918 noch öfters verkündet.

Am 3. Oktober 1918 erklärte die deutsche Regierung, Max von Baden in ihrem Besuch um Frieden und Waffenstillstand:

„Die Deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegsführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entsendung von Bevollmächtigten zwecks Anbahnung von Verhandlungen einzuladen. Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich der Rede vom 27. September, aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an.“

Wilson's Antwortnoten forderten zunächst die militärische Kapitulation und die restlose Demokratisierung Deutschlands; als das Deutsche Reich all dies zugesagt hatte, erklärte im Namen Wilson's der amerikanische Staatssekretär Lansing in seiner Note vom 5. November 1918:

„Die Alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich so genannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen einschließt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand bei Eintritt in die Friedenskonferenz

„... in seiner Ansprache

... den Friedens-

darf. Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seinen Angriff zu Wasser, zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll. Der Präsident hat mich (Lansing) beauftragt mit der Mitteilung, daß er mit der im letzten Teil des Memorandums enthaltenen Auslegung einverstanden ist.

Mit dieser Lansingnote begann das System des Betruges an Deutschland. Es war ein tolles Fälscherstück, die „Wiederherstellung der besetzten“ Gebiete auszulegen als Ersatz alles Schadens, den jeder Zivilist der Feindbundsstaaten im Verlauf des Krieges erlitten hatte, z. B. der englische Schiffsreederei, dem Schiffe durch deutsche Kreuzer versenkt wurden. Daß Wilson ein bewußter Betrüger war, konnte schon damals jeder Urteilsfähige daran erkennen, daß Wilson diese „Auslegung“ ausdrücklich billigte. Bezeichnend, daß der Feindbund diese Fälschung erst wagte, nachdem Deutschland sich gehorjam revolutioniert und die Waffentreckung begonnen hatte.

Schon der „Waffenstillstandsvertrag“ begann mit der systematischen Ausplünderung Deutschlands. Er forderte u. a. Ablieferung von 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen, sämtlich in benutzbarem Zustand, mit allem Zubehör, dazu 10 000 Lastautos, Zurücklassung so gut wie sämtlicher deutscher Vermögenswerte in den besetzten Gebieten usw. Deutschland hatte die Befahrungskosten im besetzten deutschen Gebiet sofort zu übernehmen. Die Blockade wurde fortgesetzt.

Am 17. Mai 1919 wurden die Bedingungen des Versailler Diktats der deutschen Delegation übergeben. Die Nationalversammlung führte darauf in der alten Aula der Berliner Universität — unter dem Bilde Fichtes als Redner an die deutsche Nation — die bekannte verdorrte-Hand-Komödie auf, und stimmte sodann für das Versailler Diktat.

Der für die Tributlast entscheidende Artikel 231 des Versailler Diktats lautet:

„Les gouvernements alliés et associés déclarent, et l'Allemagne reconnaît que l'Allemagne et ses alliés sont responsables, pour les avoir causés, de toutes les pertes et de tous les dommages subis par les gouvernements alliés et associés et leurs nationaux en conséquence de la guerre qui leur a été imposée par l'aggression de l'Allemagne et de ses alliés.“

Antliche deutsche Uebersetzung: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurden, erlitten haben.“

Artikel 231 enthält den weiteren Wortbruch neben der Schuldflüge und dem erlogenen Schuldbekenntnis. Nach Artikel 231 sucht man Deutschland eine Schadenersatzpflicht zuzuschreiben für allen Schaden der Feindbundsstaaten als solcher und ihrer Staatsangehörigen schlechtbin, also nicht nur der Zivilbevölkerung.

Artikel 232 fährt fort: „Die alliierten und assoziierten ... mittel Deutschlands ... den übrigen

Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenen Verminderungen nicht ausreichen, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden zu gewährleisten.“

„Immerhin verlangen die alliierten und assoziierten Regierungen, und Deutschland verpflichtet sich dazu, daß alle Schäden wieder gutgemacht werden sollen, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Eigentum während der Zeit, in der sich die beteiligte Macht mit Deutschland im Kriegszustand befand, durch den bezeichneten Angriff zu Lande, zu See und in der Luft zugefügt worden sind, sowie überhaupt aller Schäden, die in der Anlage 1 näher bezeichnet sind.“

In der Anlage 1 treten alle Schäden der Militärpersonen wieder auf als durch Deutschland zu ersetzen; z. B. „alle Pensionen und gleichartigen Vergütungen an die militärischen Opfer des Krieges (Landheer, Marine und Luftstreitkräfte), Verstümmelte, Kranke und Invalide und an Personen, deren Ernährer diese Opfer waren; als Betrag dieser den alliierten und assoziierten Regierungen geschuldeten Summen kommt für jede dieser Regierungen der kapitalisierte Wert der bezeichneten Pensionen und Vergütungen in Anschlag.“

Der englische Nationalökonom Keynes hat die Kriegspensionen, Renten und Unterstützungen der Feindbündestaaten allein auf 80–100 Milliarden Goldmark geschätzt.

Artikel 233 übertrug der Reparationskommission die Festsetzung der Gesamtsumme der deutschen Tributlast bis zum 1. Mai 1921, sowie die Aufstellung eines Zahlungsplans für die Schuldtilgung in 30 Jahren ab 1. Mai 1921. „Sollte jedoch im Laufe dieses Zeitraumes Deutschland mit der Begleichung seiner Schuld im Rückstande bleiben, so kann die Zahlung jeder Restsumme nach Gutdünken des Ausschusses auf spätere Jahre verschoben werden, oder unter Bedingungen, die die alliierten und assoziierten Mächte entsprechend dem in diesem Teil des Vertrages vorgesehenen Verfahren festsetzen, eine anderweitige Behandlung erfahren.“

Nach Artikel 235 sollte Deutschland bis zum 30. April 1921 20 Milliarden Goldmark zahlen in Gold, Waren, Schiffen oder anderswie.

Der Versailler Vertrag raubte Deutschland ferner fast seine ganze Handelsflotte (Anlage 3 zum Teil 8 des Versailler Diktats), das gesamte deutsche Auslandsvermögen in den Feindbündländern (Artikel 297), belastete Deutschland mit über 600 Millionen Mark durch das sogenannte Ausgleichsverfahren zur Abwicklung der bei Kriegsausbruch schwebenden Forderungen zwischen Deutschen und Feindbündangehörigen (Artikel 296), ferner die Kolonien; ein Siebentel seines Gebiets mit drei Viertel der deutschen Eisenerze, einem Viertel der deutschen Steinkohle, einem großen Teil der Kali- und Stickstoffindustrie; dazu die Kabel.

Dazu kamen noch besondere Auslieferungs- und Ablieferungspflichten; z. B. die Lieferung von 140 000 Milchkühen (zu einer Zeit, als Deutschland noch unter dem verheerenden, kindermordenden Einwirkungen der Hungerblockade stand); ferner Schafe, Pferde, Schweine, Ziegen; riesige Sachlieferungen in Kohle, Benzol, chemischen Produkten usw. (Anlage 4 zum Teil 8 des Versailler Diktats).

Hinzu kommen noch die Bestimmungen über „Sanktionen“ für den Fall deutscher Nichterfüllungen:

§ 17 der Anlage 2 zum Teil 8: „Kommt Deutschland irgendeiner seiner Verpflichtungen aus diesem Teile des gegenwärtigen Vertrages nicht nach, so zeigt die Reparationskommission diese Nichterfüllung unverzüglich jeder der beteiligten Mächte an und teilt ihr gleichzeitig ihre Vorschläge über die im Hinblick auf diese Nichterfüllung angebracht erscheinenden Maßnahmen mit.“

§ 18: „Die Maßnahmen, zu denen die Alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind, und die Deutschland sich verpflichtet, nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können sein: wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen, überhaupt solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten.“

Auf diesen § 18 hat sich Frankreich beim Ruhr-Einmarsch berufen.

Artikel 430 sieht die Wiederbesetzung des geräumten Rheinlandes im Falle deutscher Nichterfüllung vor:

„Stellt während der Besetzung oder nach Ablauf der oben vorgesehenen 15 Jahre die Reparationskommission fest, daß Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm nach dem gegenwärtigen Vertrag obliegenden Wiedergutmachungen zu erfüllen, so werden die im Artikel 429 genannten Zonen sofort wieder durch alliierte und assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt.“

D. h. wenn Deutschland die Leistungen auf dem Youngplan nicht aufbringen kann, so droht eine neue Besetzung.

§ 11 der Anlage 2 zum Teil 8 des Versailler Diktats erteilt der Reparationskommission (Repto) eine unbeschränkte Vollmacht:

„Die Repto ist an keine Gesetzgebung, keine bestimmte Gesetzbücher, auch nicht an besondere Vorschriften über Untersuchung und das Verfahren gebunden; er läßt sich von der Gerechtigkeit, der Billigkeit und von Treu und Glauben leiten.“

Hierfür ein Beispiel. Die Repto berechnet systematisch alle wirklichen und erfundenen feindbündlichen Schäden viel zu hoch, alle deutschen Leistungen mit Ausnahme der Goldzahlungen viel zu niedrig. Am 1. Mai 1921 hatte die Repto nur 5,1 Milliarden Goldmark deutsche Leistungen anerkannt. Von diesen kamen 2,5 Milliarden auf Verrechnung des abgetragenen deutschen Staatseigentums und der an Frankreich übergebenen Saargruben; auf die Gesamtheit der deutschen Zahlungen aller Art, die Ablieferung der Handelsflotte, die Sachlieferungen, Goldzahlungen, Abtretung von Auslandskapital, Kabel usw. nur 2,6 Milliarden. Diesen 2,6 Milliarden stellte die Repto aber gegenüber 3,1 Milliarden Mark Besetzungskosten und 0,4 Milliarden Kommissionskosten und sogen. Kohlenvorschuße. D. h. nach der Berechnung der Reparationskommission hatte Deutschland in zweieinhalb Jahren verzweifelter Zahlungen und Ablieferungen nicht nur nichts abbezahlt, sondern schuldet noch eine Milliarde mehr als vorher.

Nach einer genau belegten deutschen amtlichen Berechnung aber betrug der Wert der deutschen Leistungen bis zum 1. Mai 1921 ohne die Kolonien 37 Milliarden Mark. Hiervon kamen auf liquidiertes deutsches Privateigentum 11,7 Milliarden, abgelieferte See- und Binnenschiffe 4,7,

Eisenbahnmaterial 1,9, Kohle- und Kokslieferungen 2,4, die Saargruben 1,0, die Rücklastgüter 1,8, sonstige Sachlieferungen 1,6 Milliarden.

„Kein Wunder“, so klagt der Erfüllungspolitiker Staatssekretär Bergmann in seinem Buche „Der Weg der Reparation“, „daß mit einem solchen System, das alle deutschen Leistungen wie in einem Danaidenfaß spurlos verschwinden ließ, es außerordentlich schwer war, dem deutschen Volke klar zu machen, daß es alle Anstrengungen auf sich nehmen müsse, um die Reparationsschuld abzuführen.“

Dies Danaidenystem ist fortgesetzt worden bis auf den heutigen Tag. Bekanntlich behandelt der Youngplan alle deutschen Leistungen bis zum 1. September 1929 einfach als nicht geschehen und will eine neue Zahlung von 115 Milliarden Goldmark.

Nach den 14 Punkten hatte Deutschland den Wiederaufbau Belgiens und Frankreichs, soweit Gebiete verheert waren, zu bezahlen. Die Gesamtsumme dieser Kriegsschäden beträgt bei weitherzigster Berechnung in Frankreich 7,2 Milliarden, in Belgien 2,2 Milliarden Mark.

Am 27. Dezember 1921 setzte die Repko die deutsche Schuldsomme endgültig fest: 132 Milliarden Goldmark. Der Londoner Zahlungsplan vom Frühjahr 1921 schlug folgende Abzahlungsweise vor: Deutschland solle im Betrag dieser Summe Schuldverschreibungen ausstellen, zu 5 Prozent verzinslich und mit 1 Prozent zu tilgen; und zwar 12 Milliarden Mark A-Bonds, 38 Milliarden B-Bonds und 82 Milliarden C-Bonds, die letzteren sollten erst ausgegeben werden, wenn die Repko sich überzeugt hätte, daß die deutschen Jahreszahlungen dafür ausreichen würden; als Jahresleistung waren 2 Milliarden Goldmark plus 26 Prozent des deutschen Ausfuhrwertes angegeben.

Die deutschen Gegenvorschläge wurden abgelehnt, Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort besetzt, eine Zollgrenze am besetzten Gebiet errichtet. Das Verfahren hatte den erwünschten Erfolg; die deutsche Regierung überbot sich in immer phantastischeren Zahlungsvorschlägen und lieferte damit den Feindbundregierungen immer neue Beweise für die These, Deutschland könne ungeheure Beträge entrichten, man müsse es nur an der Kehle packen, um das Geständnis seiner wirklichen Leistungsfähigkeit zu erhalten.

So schlug am 24. April 1921 die deutsche Regierung einen Tribut in Höhe von 50 Milliarden Goldmark Gegenwartswert vor und deutsche Jahreszahlungen im Gesamtbetrag von 200 Milliarden Mark.

Die deutsche Regierung nahm den Londoner Zahlungsplan an und versuchte zu erfüllen. Sie hatte in 3 Monaten 1 Milliarde Goldmark zu bezahlen in Devisen. Wie seit Ende 1918, setzte sie die Notenpresse in Bewegung, um die notwendigen Markmengen zu erhalten, um die Devisen zu bezahlen; die Folge war der Sturz der Mark; je tiefer die Mark stürzte, desto mehr wurde die Notenpresse eingesetzt.

Die Sachlieferungen wurden von der deutschen Regierung den deutschen Lieferanten ebenfalls bezahlt mit Papiermark, die aus der Notenpresse kam. Die Repko stellte Listen über Art und Mengen des Abzuliefernden auf, voll Unklarheiten, Lücken, Unbestimmtheiten, mit unmöglichen Frist- und Mengenbestimmungen. Gleichzeitig zogen die feindbündlichen Kontrollkommissionen in den deutschen Betrieben umher und zerstörten Fabrikate, Maschinen, Gebäude, Werkzeuge im Gesamtwert

von 2,7 Milliarden Goldmark; betrieben nebenher eine umfangreiche Wirtschaftsspionage.

Es kam eine Zeit der Konferenzen, Stundungsbitten, sich überstürzender Mark-Zusammenbrüche, Nichterfüllungen, Ultimaten und Drohungen. Nach anderthalbjährigen verzweifelten Erfüllungsversuchen und unverantwortlicher Inflationswirtschaft erklärte die Regierung Wirth am 14. November 1922 den deutschen Zahlungsbankrott, bat um ein mehrjähriges Moratorium und trat zurück. Die folgende Regierung Cuno machte neue Vorschläge, die keine Gnade fanden. Die Repko stellte deutsche Verfehlungen fest. Nichterfüllung der geforderten Holz- und Kohlenlieferungen in dem verlangten Umfang, die Franzosen marschierten ins Ruhrgebiet ein. Der sogenannte Ruhrwiderstand war passiv und daher aussichtslos; er brach zusammen, der Dollar stieg auf 4,2 Billionen.

(Fortsetzung folgt.)

Nachfolge Christi

Hörst du dein Kirchlein Sonntags rufen,
Schau auf die ausgetretenen Stufen,
Da gingen schon die Väter ein,
Von Andacht weht sein Raum lebendig,
Und auch der Heiland wohnt inwendig,
Sagt frech die Welt wohl dazu nein?

Im Chor hängt vom geweihten Balken
Das Gnadenbild am Martergalgen,
Verrenkt im Leib ist jedes Bein,
Von Geißeln tropft die Haut zerschunden,
Und bleich aus Dornen glüht voll Wunden
Das Dulderhaupt im Kerzenschein!

Den Plan der Welt voll Schuld und Uebeln
Kann keine Kreatur ergrübeln,
Gott selber muß sein Opfer sein
Und sich im Staub als Mensch erkühnen,
In dir den Sternkreis zu entschühnen:
Du nimmst die Lust, nimm auch die Pein!

Mit einem Wort ist kurz und bündig
Dein falsches Leben nicht mehr sündig,
Und alles wird noch einmal rein,
Packt du im Kampf um höchste Ehre
Die auf die Brust gezückten Speere
Und drückst den Stoß ins Herz hinein!

Zwingst du den Geist nicht selbst zum Handeln,
Kein Wunder kann den Gott verwandeln,
Der Leib des Herrn im Brot ist Stein!
Läßt du dein Blut nicht selber fließen,
Wer will das Gott's in Kelche gießen,
Du trinkst so Gift im heiligen Wein!

Die Welt wird alt, die Bilder bleichen,
Wir fühlen Gottes Gnade weichen,
Doch tausend Stimmen in uns schrein:
Der Sieg des Kreuzes bleibt bestehen,
Und nie wird Golgatha vergehen,
Nur muß dein Blut dich mitbefrein!

Die Kirche tönt fromm von Choralen,
Erlöserlust aus Sünderqualen,
Der heilige Geist strömt Licht herein,
Daß wir in Gleichnis und Gestalten
Das alte Opfer neu verwalten,
Glänzt er entschühnt im Hostienschrein!

Heidelberg

Urban Greif

Offener Brief

an den

Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg

Hochverehrter Herr Reichspräsident,
sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

Aus der tiefen Not der ostpreussischen Landwirtschaft heraus richte ich an Sie, Herr Reichspräsident, in meiner Eigenschaft als preussischer Landtagsabgeordneter, diesen offenen Brief.

Zu derselben Zeit, wo Sie, Herr Reichspräsident bemüht sind, die ostpreussische Landwirtschaft in ihrer schrecklichen Not vor dem völligen Untergange zu bewahren, da fahren täglich Lastautos mit zahlreichen bewaffneten Schupo-Beamten durch unsere Provinz, um die von Geldverleihern veranlassenen Zwangsversteigerungen von bäuerlichen Besitzungen zur Durchführung zu bringen.

Dieses schlägt Ihren Bestrebungen offen ins Gesicht.

Die Verzweiflung der Bauern ist infolgedessen auf ihrem Höhepunkt angelangt.

Gewohnt, vom frühen Morgen bis zur Nacht zu arbeiten, haben die Bauern geduldig die Lasten des Krieges und der Nachkriegszeit ertragen. Jetzt sind sie am Ende.

Ein grausames Geschick hat sie trotz allen Fleißes den Geldverleihern in die Arme getrieben, die jetzt die Schlinge zuziehen.

Zahlreiche Bauern haben bereits mit dem weißen Stock den Hof ihrer Väter verlassen müssen, und Tausenden steht das Schicksal noch bevor. Größtes Elend ist ihr Los.

Als verantwortungsbewußter Landtagsabgeordneter wende ich mich daher an Sie, Herr Reichspräsident, mit der Bitte, diesem Treiben sofort Einhalt zu gebieten, da im andern Falle schwerste Erschütterungen politischer Natur unvermeidlich erscheinen.

Sie, Herr Reichspräsident haben heute die Macht dazu in der Hand, auf Grund des Artikels 48 der Verfassung.

Ich bitte Sie daher, Herr Reichspräsident, von dieser Macht Gebrauch zu machen und eine Notverordnung zu erlassen in der Richtung, daß die in Insterburg gefangenen Bauern, welche alle ausgezeichnete Menschen, gute Deutsche und alte Frontkämpfer sind, in Freiheit gesetzt werden, und daß ein Moratorium von zunächst einem Jahr für Ostpreußen eingeführt wird, damit diesen entsetzlichen Zwangsversteigerungen dadurch ein Ende bereitet wird.

Im Vertrauen, hochverehrter Herr Reichspräsident, daß Sie der bedrohten Provinz Ihre Hilfe nicht versagen werden, zeichne ich in größter Ehrerbietung als Ihr Ihnen sehr ergebenster

gez. Gieseler,

Staatlicher Forstmeister, Mitglied des Preussischen Landtages.

Trappönen, den 27. Juli 1930.

„Krieg und Krieger“

In das Trommelfeuer von Büchern über den Krieg, die in den letzten Monaten fast allzu massiert Herzen und Seelen zu erschüttern suchten, gefellt sich nunmehr ein Werk ganz eigenen Klangs, das auch den Stumpfgewordensten wieder aufhorchen läßt. Es nennt sich „Krieg und Krieger“, wurde herausgegeben von Ernst Jünger und erschien im Junfermann- und Dünhaupt-Verlag, Berlin.

Nicht um eine Darstellung äußerer Erlebnisse, um Anekdoten, um romanhafte und novellistische Schilderung dreht es sich hier, sondern um ein bohrendes und hartes Suchen und Aufspüren des Sinnes dieses Krieges, um ein Deuten und Aufbarmachen seiner vergleichslosen Geschehnisse, um ein metaphysisches Forschen nach den rätselvollen Hintergründen, um ein sachliches Aufzeigen von Möglichkeiten und Pflichten für all die, „die noch ein Vaterland kennen, das Deutschland heißt“. Ob der einzelne der Verfasser philosophisch vorgeht oder historisch, soziologisch oder juristisch, sie alle treffen sich trotz verschiedenster Anmarschwege, ja trotz gelegentlicher Trennungen in der Ablehnung einer nur geschäftstüchtigen Verständigkeit und in der Einsicht der Magie, des Mythischen und Dämonischen eben dieses Krieges.

Sie sind stürmisch und ungestüm und rütteln zuweilen an Anschauungen und Begriffen, die mancher vielleicht bewahrt wissen möchte, aber der Ernst, die Sauberkeit, das Positive ihrer Ideen entwaffnet und besiegt. Diese acht Mann sind eine vielfach durchgebildete und entschlossene kriegsstarke Gruppe, deren Führer ein neuer nationaler Gedanke ist, ein Gedanke von bezwingender Jugend und Stoßkraft.

F. A. Dargel.

Stoßt an, Heidelberg lebe!

Alt-Heidelberg, du feine, heut' werf ich mich in Wicks,
Und wäre ich ein Mädchen, ich machte dir 'nen Knix!

Alt-Heidelberg, du feine, gegrüßt sei frohen Muts!
Wenn wir von dir was hören, ist's immer etwas Guts!

Es hatte Mr. Schurmann, ein Mann, dir liebvertraut,
Für deine Herrn Studenten ein neues Heim gebaut.

Es rissen sich die Maurer vor Fleiß die Beine aus
Und dürsteten aufs Richtfest schon wochenlang voraus!

Doch als am Tag der Ernte man stillen wollt' den Brand,
Hat der Senat, der strenge, sich schauernd abgewandt!

Das ging auf Herz und Nieren den Maurern nicht zu knapp,
Sie leierten die Fahne des Reichs vom Bau herab,

Befestigten am Siebel das Sternenbanner fest
Und dachten: der Herr Schurmann, der hilft uns aus dem Dreck!

Der Schurmann konnt' nicht helfen; er saß in U.S.A. ...
Doch plötzlich standen lachend die Herrn Studenten da.

Die riefen: Liebe Männer, werft euch in Rock und Pantalon!
Wir feiern jetzt gemeinsam Richtfest im „Prinzenpark“!

Heiho! — das war ein Jubeln, ein Singen, ein Schreien!
Stolz saß der Bauhandwerker beim Siebel im Parade!

Was tat's, daß der Minister ...
Man war vergnügt, daß vom Minister ...

Manch Meister ...
Es ist als ...

Die Ministerpensionen geschäftstüchtiger Sozialdemokraten

Zum Magdeburger Parteitag stellten Berliner Genossen einen Antrag, der sich — veranlaßt durch den Skandal der hohen Gehälter der roten Direktoren der Berliner Gemeindebetriebe — gegen die übermäßig hohe Bezahlung von Sozialdemokraten in leitenden Stellungen richtete. Der Antrag wurde in Magdeburg unschädlich gemacht, da keiner geneigt war, auf seine mehr oder weniger „verdienten“ Gelder zu verzichten.

Um die tochende Volksseele aber abzulenken und zu beruhigen, hat die Sozialdemokratie zu ihrem alten Mittel gegriffen, sie eröffnet eine Hege gegen Unschuldige, jetzt z. B. gegen die alten Offiziere usw. wegen der angeblich zu hohen Pensionen, die sie beziehen.

Für den Fall, daß tatsächlich eine Pensionskürzung bei der Sache herauskommen sollte, haben die regierenden Genossen sich schon auf ihre Weise vorgesehen, sie lassen sich vom Reich Uebergangsgelder zahlen, wenn ihre Ministerherrlichkeit einmal vorüber ist. Der Genosse Severing z. B. bezieht jetzt als „Uebergangsgeld“ nach Ablauf seiner „segensreichen“ Tätigkeit als Reichsinnenminister die Kleinigkeit von 74 200 RM. Das ist für einen Proletarier und Feind des Kapitalismus — der anderen! — eine recht hübsche Summe, um die mancher sogen. Kapitalist ihn heute beneiden dürfte. Nach Einnahme dieses „Uebergangsgeldes“ braucht Herr Severing aber nicht zu hungern oder die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen, er bezieht dann seine Pension als preussischer Innenminister weiter.

Wir hoffen nur, daß er hiermit als Proletarier „standesgemäß“ leben kann. Der gewesene Reichskanzler Gustav Bauer hat seinerzeit bekanntlich erklärt, er habe die Barmat-Gelder annehmen müssen — Provisionen in Dollars und Gulden für Staatsgelder und sonstige „Geschäfte“, die er vermittelt hatte — da er mit seinen Bezügen als gewesener Reichskanzler nicht habe „standesgemäß“ leben können.

Rechts oder links

Die Deutschnationalen haben den Mittelparteien die Hand geboten zu einem Regiment der Ordnung und der Steuererleichterung. Brüning und Dietrich haben die dargebotene Hand zurückgewiesen. Hinter den Kulissen war Herr Treviranus besonders eifrig am Werke, ein Abschwanken des Zentrums nach rechts zu verhindern. Das Kabinett beharrt auf dem System der restlosen Erfüllung und der Finanzierung des Sozialismus. Wir können aber nicht gleichzeitig den französischen Militarismus und den deutschen Sozialismus ernähren. Die deutsche Steuerlast ist bereits ins Ungemessene gestiegen. Von dem Arbeitsverdienst gehen 40 Mark öffentlicher Last ab. Die Folge dieses Steuerdruckes. Wer

Millionen Mark an das Ausland zu zahlen. Die Steuerlasten haben sich gegen 1925 verdoppelt.

Soll das so weitergehen? Ist das Zentrumskabinett Brüning wirklich ein Kabinett der Ordnung?

Ordnung wird in Deutschland erst eintreten, wenn wir eine Ermäßigung der Tribute erreichen und die sozialistische Verschwendung eindämmen. Beides will das Zentrum nicht. Erst kürzlich haben sich Vertreter des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei (Joos, Bell, Leicht) mit den berüchtigsten Deutschenfeinden in Belgien zusammengesetzt. Das Zentrum will keine Befreiung. Deswegen will es nicht von seinem Bündnis mit der Sozialdemokratie abweichen.

Klare Scheidung ist notwendig, wer für Freiheit und Ordnung ist und wer für die Schwarz-rote Herrschaft eintritt. Da dürfte es auch für die deutschnationale Parteileitung kein Schwanken geben. Mit Recht schrieb eine mittelparteiliche Zeitschrift folgendes:

„Die deutschnationale Parteileitung wird es als ihre wichtigste Aufgabe ansehen müssen, die Geschlossenheit der Partei wiederherzustellen, wenn diese nicht weitere schwere Einbußen erleiden soll.“

Es ist das große Verdienst der Deutschnationalen Volkspartei, daß der Young-Reichstag beseitigt ist. Die furchtbaren Steuererhöhungen sind aufgehoben.

Das Volk, das heute schon beinahe die fünffache Steuerlast gegenüber der Kaiserzeit trägt, soll selbst entscheiden, was es noch mehr für die Bonzen und Franzosen zahlen will.

Das verlogene System der Mitte, das in Preußen mit den Marxisten geht, um die Verantwortung für die Tributsteuern im Reiche auf die bürgerlichen Parteien abzuwälzen — dies Spiel ist ausgespielt. Die Hoffnung, die Deutschnationale Partei zu zerschlagen, kann Herr Dr. Brüning begraben. Sie wird zudem in dem Kampf gegen Erfüllung und Marxismus nicht allein stehen. Nach einem Jahrzehnt der Erschlaffung ist das deutsche Volk empfänglich geworden für den Ruf nach Freiheit und Ordnung. Was die Herren Brüning, Wirth, Dietrich, Treviranus wollen, ist nichts anderes als eine Diktatur der Erfüllung. Gegen diese Diktatur der Erfüllung gilt es Front zu machen.

Es gibt für die Wahl nur eins: Rechts oder Links! Rechts heißt Liste 2!

Abbruch des Landbundes

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Der Reichslandbund erläßt zum Wahlkampf einen Aufruf, der in weitesten Kreisen Deutschlands schmerzlichste Enttäuschung hervorrufen wird. Den Schmerz teilen wir, die Enttäuschung dagegen nicht; denn wir sehen schon seit langem beim Reichslandbund eine Entwicklung, die in solchen Aufrufen enden muß.

Dr. Koesike und Frhr. von Wangenheim machten den Reichslandbund zu einem starken Glied in der antimarxistischen Front. Seit die beiden Führer die Augen geschlossen haben, genügten wenige Jahre, um das Gesicht des Reichslandbundes völlig zu verändern. Wir wollen hier keine Schuldschuld aufrechnen, daß einige Landbünde die den Reichs-

seine starke einigende Kraft verliet. Aber diese Landbünde sind in der Minderheit. Die Mehrheit steuert in eine Richtung, die der schuldbeladenen, von Zentrum und Liberalen geleiteten Mitte wohlgefällig ist.

Die weitere Öffentlichkeit merkte dies zuerst beim Kampf um den Volksentscheid. Unter dem Druck der nationalen Welle trat auch der Reichslandbund in diese Front ein. Dann aber, im Laufe der Wochen und Monate, gewann wieder die andere Richtung die Oberhand. In der entscheidenden Reichstagsführung stimmten die Präsidenten Schiele und Hepp gegen den § 4 des Volksbegehrens. Das war der erste Schlag gegen die nationale Bewegung, es folgte bald der zweite mit dem Austritt des Reichslandbundes aus dem Reichsausschuß.

Aber die Arbeit ging weiter. Während es im vaterländischen Interesse lag, daß die Bewegung, die im Volksbegehren und Volksentscheid angehoben hatte, weitergetrieben und das Volk angesichts des völligen Zusammenbruchs der Young-Politik und der inneren marxistischen Miswirtschaft zum Wahlkampf und damit zur Generalabrechnung mit der Sozialdemokratie und ihren Helfershelfern aufgerufen wurde, wirkte der Reichslandbund in genau umgekehrter Richtung, ermöglichte mit Schiele das Kabinett Brüning, verhinderte damit die Neuwahlen und rettete so die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten vor dem verdienten Schicksal. Die Früchte ernten wir heute, indem die Sozialdemokratie jetzt schon die ganze Schuld für die verzweifelte Lage des deutschen Volkes auf die gegenwärtige Regierung Brüning-Schiele schiebt. Da die Menschen vergesslich sind — wird es geglaubt. Die Reichslandbundpolitik hat die Sozialdemokratie vor einer entscheidenden Niederlage bewahrt.

Merkwürdig!

Die schweizerischen Banken haben vor kurzem eine sechsprozentige Anleihe der belgischen Fabrique nationale d'armes de guerre aufgelegt, die sicher Erfolg gehabt haben wird gerade in den Kreisen, welche dem Völkerbund anhängen und eigentlich der Meinung sein sollten, der Völkerbund verunmögliche jeden Krieg und mache daher die Herstellung von Kriegswaffen überflüssig. Das Werbeblatt für die Anleihe sagt denn auch in einem Untertitel der Firma, welche das Darlehen aufnimmt, beinahe nichts vom Krieg, sondern nur von Werkzeugen des Friedens, nämlich „Fabrikation von Maschinen, Werkzeug, Fahrrädern, Motorrädern, Automobilen, Karosserien, Motoren, Waffen usw.“

Polen und Ostpreußen

Von Justus

Ein deutscher Gutsbesitzer darf seinen Kindern nicht Privatunterricht erteilen lassen. Die polnischen Rittergutsbesitzer lassen sich polnische Lehrer kommen, um sie in polnischem Geist und polnischer Sprache unterrichten zu lassen. Das erlaubt die preussische Minderheitenschulverordnung. —

Überall in Ostpreußen erheben sich polnische Privatschulen, die ausschließlich polnisch unterrichtet werden und

polnischen Privatschulen sind Nester der polnischen Spionage und der polnischen Propaganda.

Nicht viel anders ist es mit den staatlichen Minderheitsschulen, die von den deutschen Steuerzahlern bezahlt werden. Auch sie haben fast ausschließlich und unglaublicherweise Polen als Lehrer. Also der deutsche Staat beruft polnische Agitatoren und Spione als Lehrer und bezahlt sie aus Steuermitteln. In der Schule haben sie so gut wie nichts zu tun; denn diese Minderheitsschulen haben 8, 9, 11, 17 usw. Schüler. Es bleibt also genug Zeit zur Agitation. Allein in einem einzigen Kreise, in dem deutschen Landkreise Allenstein, befinden sich zur Zeit etwa 15 Polen als Lehrer. Sie verfügen alle über erhebliche Geldmittel und betreiben eine umfangreiche polnische Propaganda. Viele von ihnen sind mit Motorrädern versehen, fahren im Kreise herum und ziehen polnische Kindergärten, polnische Gesangsvereine usw. auf.

Im krassen Gegensatz dazu stehen die deutschen Schulen. Sie sind überfüllt, zum Teil im traurigsten baulichen Zustande und direkt gesundheitschädlich. Das gleiche gilt von den Lehrerwohnungen.

Fast sieht es so aus, als ob die preussische Regierung die polnische Propaganda nicht ungern sähe. Man macht jetzt viel Aufhebens von der Osthilfe, die einige Duzend Millionen für das ganze riesige Gebiet östlich der Oder hergeben will. Demgegenüber muß man festhalten, daß das Deutsche Reich ohne jeden Rechtsgrund und ohne jede politische Veranlassung dem polnischen Staat ein Riesengeschenk von etwa 3 1/2 Milliarden bei Gelegenheit des Young-Vertrages gemacht hat. Es ist natürlich ein Leichtes für den polnischen Staat, aus diesen Milliarden einige Millionen abzuzweigen, um die polnische Propaganda in Ostpreußen aufzuziehen.

An den deutschen Mittelstand!

Starker politischer Wille tut not!

Hugenberg hat einen Aufruf an den Mittelstand erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Der heutige Staat, wie er wirkt und sich gibt, ist mittelstandsfeindlich. Es gehört das zu seinem System — der heutige Staat ist von marxistischem Geiste erfüllt. Marx hat gelehrt, daß im kapitalistischen Staate, d. h. im Staate des Eigentums und der Privatwirtschaft, alles, was zwischen Großbetrieb und Arbeitern steht, allmählich zerrieben wird. Darum muß — diesem Glauben gemäß — jede selbständige wirtschaftliche Existenz zwischen Großbetrieb und Arbeiter zu Fall gebracht werden, sei es durch die Tributlasten des Youngplanes oder durch unaufbringliche Steuern, sei es durch unerträglichen Zinsfuß, sei es durch den Anstieg aller mittelstandsfeindlichen und vom Mittelstand verurteilten Konsumrichtungen.“

er soll nicht entproletarisiert werden, sondern durch Sozial- und Gewerkschaftsbeiträge in Höhe von einem Sechstel bis einem Viertel seiner Arbeitsbezüge am Sparen, am Erwerb von Eigentum verhindert werden.

Der Ruf der „Entproletarisierung“, den der Marxist nicht versteht, den wir aber verstehen und gern aufnehmen, wird lauter und lauter. Ich glaube, die Götterdämmerung des herrschenden und unheilvollen Systems naht allmählich heran — lassen Sie uns nur aufpassen, daß es uns im Zusammensinken nicht Staat und Wirtschaft in Stücke zerschlägt. Aber um weiterzukommen, um aus dem System herauszukommen, das zwangsläufig am Untergang des Mittelstandes arbeitet, bedarf es einiger Voraussetzungen, die wir nur alle gemeinsam schaffen können. Wir müssen sehr viel mehr politischen Willen haben und betätigen, als ihn der Mittelstand aller deutschen Berufe bisher bewiesen hat. —

Früher bildete ein breiter, starker Mittelstand aller Schattierungen und Berufe den Angelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung, den Quell gewaltiger Ströme des Wohlstandes und der Kapitalbildung. Er bildete auch den Hort der Vaterlandsliebe, des nationalen Denkens und der Religion. Aus ihm stiegen immer neue, staatserbaltende Kräfte hervor. Er schloß leider politisch. Sonst wäre es uns nicht so schlecht gegangen. Aber er war ein Träger der inneren und äußeren Volksgesundheit. Mit entschwundenen Zeiten ist es bekanntlich wie mit den verlorenen Paradiesen: Der Mensch findet sie nicht wieder. Aber das eine muß — neben anderen — die neue aufsteigende Zeit, für die wir Deutschnationalen kämpfen, mit der alten gemein haben: einen starken, gesunden Mittelstand, der den Kern des Staates bildet.

Wir müssen endlich, wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, auch sehr viel mehr Einigkeit aufbringen, als es heute der Fall ist. Nicht der Ehrgeiz der Parteiführer und die Vielheit der Verbände kann uns retten, sondern nur die Einigkeit im Dienste der Sache. Die Sache, die uns vorschwebt — ein neuer, gesunder Staat mit gesundem Geist und gesunder Wirtschaft — ist etwas Unerbittliches, ist etwas, wovon sich nichts abhandeln läßt. Wir müssen es wollen, wenn wir nicht untergehen wollen. Wir setzen dieses Ziel und halten es fest.

Nicht Sonderinteressen und Sonderparteien bringen uns weiter, sondern nur die zusammengefaßte und rücksichtslos ausgespielte einzige Kraft des gesamten Mittelstandes in Stadt und Land, mit der sich dann auch weiteste Kreise der Beamten, Angestellten und Arbeiter verbünden werden. Die Deutschnationale Volkspartei hat die historische Aufgabe, klare Front gegen den Marxismus zu schaffen und dieser Front Richtung, Takt und Tempo für ihren politischen Vormarsch zu geben.

Ich rufe auch den deutschen Mittelstand erneut an die Front und bin gewiß, daß er in ernstester Entscheidungsstunde nicht versagt. Der Kampf, den wir führen, ist auch ein Kampf für den Mittelstand — denn es geht um das Leben des Volkes, um die Zukunft des Vaterlandes.

Die Erfüllungspolitik bankrott!

Seit 12 Jahren besteht die politische Weisheit der schwarzen roten und goldenen Profitöre der Revolution darin, jede Forderung der Feinde als deutsches Ziel auszugeben, und knechtisch Alles zu erfüllen, was die vereinigten Einkreiser verlangen. Der Gipfel dieses infamen Verfahrens, welches dem Feind seine Tribute und den Erfüllern ihre Ministeresseln garantiert, war der „Neue Plan“ der Youngplan. Mit Lug und Trug dem deutschen Volke förmlich aufgedreht und aufgezwungen, Ende 1929, erweist er sich schon in den paar Monaten seines Bestehens als ein Fluch an Volk und Vaterland. Statt der vorgelagerten Steuererleichterungen und des vorgeschätzten Wirtschaftsaufschwungs überall grauenhaftes Nachlassen der Erzeugung, wachsende Arbeitslosigkeit, verzweifelte Bauern, zahlungsunfähiger Mittelstand, zusammenbrechende Industrie!

Die falschen Profeten sind entlarvt, fühlen ihre Schuld und suchen nach Ablenkung und Auswegen! Sie ändern ihre Namen, flüchten sich hinter den Staat, rufen das feindliche Ausland um geistige Hilfe an, drehen frech und feige den Spieß um und suchen die bedauernswerten Opfer ihrer zwölfjährigen Schindluderei durch polizeilichen und geldlichen Terror zum Schweigen zu bringen! —

Umsonst! Die Wahrheit über den Youngblock: Sozialdemokratie, Kapitaldemokratie, Zentrum und Volkspartei — ist auf dem Marsche und sie wird erst Halt machen, wenn die Schuldigen zur Verantwortung gezogen sind! Die Revolution war ein Verbrechen, war Meineid und Landesverrat, und ohne die grundsätzliche Wiedergutmachung dieses Verbrechens kann Deutschland nicht genesen!

Wir stehen erst am Anfang des Umschwungs! Noch halten sich die vereinigten Spießgesellen des Novembers in der Macht. Aber die Füße derer, die sie hinaustragen werden, stehen schon vor der Tür. Nur noch hinter den Säbeln der Gendarmen und den Karabinern der Schupos, auf Bajonetten thronend, können die Bonzen der Novemberlinge zu ihrem Stimmvieh reden. Sie sind zu feige, zu schuldbewußt, dem Gegner freie Aussprache zu gewähren. Das erwachende Deutschland greift an! Die Politik der Erfüllung vollendet sich, aber anders, als die Marxisten und ihre bürgerlichen Helfershelfer es sich träumen ließen. Die Schuld ihrer Politik erfüllt sich an ihnen! Wer in zwölf Jahren unser Volk im Sinne der Feinde in die Irre und endlich in das Elend geführt hat, der trete ab! Kein Youngblocksbruder soll wieder in Deutschland regieren!

Ihr habt gelogen und seid entlarvt! Das Maß ist voll! Wir wären Trottel, wenn wir Euch wieder wählen würden! Bahn frei für die redlichen Deutschen! Vorwärts mit Hugenberg und Hitler!

Verlag und Schriftleitung:
Hugenberg, Berlin